

**Mouvement on the Rocks**

Um mit dem Eispickel und Bergschuh drauf zu steigen, wie Eugène Berger witzelte, dafür wird der Rest des Eisblocks auf der Place d'Armes nicht reichen. Nach zwei Monaten mit leicht überdurchschnittlichen Frühlingstemperaturen ist von dem Eisklotz noch rund 64 Prozent übrig. Der Block war mit der Unterstützung zahlreicher Sponsoren, des Umweltministeriums und der Stadt Luxemburg für die "Aktioun Äisblock" in einem Passivhaus untergestellt und sollte zeigen, wie gut diese energiesparende Technik isoliert. Niedrigenergie- und Passivhäuser stellen einen, staatlich geförderten, Beitrag zum Energiesparen bei, weil sie zwischen 50 bis 90 Prozent weniger Energie verbrauchen als herkömmliche Bauten.

Mit dem nun verkündeten Ergebnis hat der Umweltminister seine Wette zwar verloren, Charles Goerens schätzte, es würden noch rund drei Viertel der Eismasse übrig bleiben, die OrganisatorInnen zeigten sich mit den über 1.400 gültigen Wetten, die eingegangen waren, dennoch zufrieden. Es dürfe nicht vergessen werden, dass der mehr als anderthalb Kubikmeter große Klotz in der prallen Sonne gestanden hätte, erklärte Paul Ruppert, Energieexperte des Mouvement écologique, der zahlreich erschienenen Presse.

**Regierung hält Studie zurück**

Schweres Geschütz gegen die amtierende Regierung fuhr die LSAP am vergangenen Donnerstag bei einer Pressekonferenz auf. Von "Effekthascherei" sprach der LSAP-Abgeordnete Jeannot Krecké im Hinblick auf die Leistungen der CSV-DP-Koalition beim öffentlichen Dienst. Obwohl seit über anderthalb Jahren Vorschläge in Form eines Positionspapiers seitens der Opposition und des Wirtschafts- und Sozialrats für eine Reform vorlägen, sei bis heute "die Gelegenheit verpasst worden", ein Gesamtkonzept als Basis für die Verwaltungsreform vorzulegen, kritisierte Krecké. Die Uhr läuft aber nicht nur wegen der Wahlen im Jahr 2004 allmählich ab: Auf EU-Ebene wird mit der europäischen Verfassung und im Rahmen der Gats-Verhandlungen die vollständige Liberalisierung der staatlichen Dienste diskutiert - mit direktem Impact für die nationale Ebene. Käme es zur vollständigen Öffnung des Marktes, so die Befürchtungen der LSAP, würden (bisher staatliche) Dienstleistungen womöglich teurer. Preisdumping durch internationale private Anbieter könnten zudem der nationalen Wirtschaft schaden.

Skandalös findet Krecké zudem, dass eine Studie des zuständigen Ministeriums zur Ausgestaltung der öffentlichen Dienste, obwohl vor mehr als anderthalb Jahren erhoben, bis heute weder der Öffentlichkeit, noch dem Parlament zugänglich ist. Auf Nachfrage der woxx für den Grund dieser jahrelangen Verzögerung antwortete eine Mitarbeiterin des Ministeriums, die Vorbereitungen zur Änderungen des Beamtenstatuts hätten so viel Zeit in Anspruch genommen.

**Alles wird teurer...**

.. auch die "woxx". Erinnern Sie sich an Juli 1996? Nein? Wir schon! Der damalige GréngeSpoun wagte zum ersten Mal eine Preiserhöhung. Damals taten wir uns mit der Entscheidung so schwer, dass wir uns jahrelang nicht trautes, unseren Abo-Preis den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. In Zeiten von hartem Brot und "schwarze Schockela" sahen auch wir uns gezwungen, der harten Wirklichkeit in die Augen zu sehen. Seit 1. Juni kostet deshalb das woxx-Abo nicht mehr 59,49 sondern 65,- Euro pro Jahr. Unverändert bleibt vorerst der Kioskpreis. Trotzdem dürften kluge RechnerInnen es bemerkt haben: Ein woxx-Abo ist immer noch sehr günstig und bringt eine jährliche Ersparnis von über 12 Euro verglichen mit dem Einzelpreis. Zeitgleich wurde der StudentInnen- und Erwerbslosenrabatt auf 25 Euro erhöht. Die Zusatzgebühr für Auslandsabos steigt leicht auf 26 Euro pro Jahr an.

**KONVENT**

# Zeit der Kompromisse

**Tauziehen um die EU-Kommission, die Ratspräsidentschaft, die qualifizierte Mehrheit. Je näher das Ende des Konvents rückt, desto stärker treten nationale Interessen wieder in den Vordergrund.**

(rw) - Eine Woche vor Abschluss der Konventsarbeiten riskieren die Bemühungen um einen Konsens vor allem im Bereich der Institutionen zu scheitern. Das Präsidium, das sich schwer mit seiner Aufgabe tat, nach der ersten Diskussionsrunde und dem Eintrudeln unzähliger Änderungsvorschläge eine überarbeitete Fassung vorzulegen, wollte am vorigen Mittwoch erst einmal mit den drei "Komponenten" des Konvents - also den VertreterInnen von Nationalparlamenten, Europaparlament und Regierungen - getrennt zusammzukommen, um zu einem klareren Bild über die Strömungen im Konvent zu gelangen. Europaparlament und Nationalparlamente hatten ein recht geschlossenes Bild abgegeben, die Nationalparlamente sogar einen Stichwortkatalog der konsensfähigen Punkte zur Diskussion mit Konventspräsident Giscard d'Estaing vorgelegt.

In diesem Papier wurde zuallererst betont, dass es keinen Verfassungstext "mit Optionen" geben dürfe, sondern dass die Regierungskonferenz, welche die Arbeiten des Konvents als Grundlage für ihre Entscheidungen nehmen wird, einen einheitlichen Text geliefert bekommen soll. Einige Konventsmitglieder haben nämlich schon vorgeschlagen, zu den Punkten, bei denen keine Einigkeit besteht, auch optionelle Texte vorzuschlagen. Wichtig ist den Mitgliedern der Nationalparlamente aber zudem ein klares Bekennt-

nis zur qualifizierten Mehrheit bei Abstimmungen im Rat (anstatt der heute üblichen Einstimmigkeitsregel). Giscard d'Estaing zeigte sich auf diesem Punkt kompromisswillig, indem er für den Bereich der Außenpolitik eine "superqualifizierte Mehrheit" vorschlug. Weniger begeistert dürfte der Franzose über die Position gewesen sein, dass es keine neuen Institutionen, also auch keinen Kongress geben dürfe. Die KonventlerInnen aus den Nationalparlamenten scheinen sich zudem größtenteils auf die Forderung nach einer zahlenmäßig reduzierten Kommission eingeschossen zu haben - unter der Bedingung, dass deren Zusammensetzung gerecht geregelt wird.

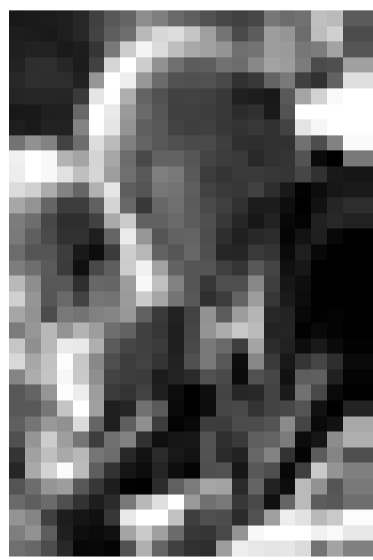
**Machtmensch Giscard**

Während sich also auf der Ebene der Nationalparlamente klare Linien und vor allem ein Bekenntnis zur "Kommunautarisierung" deutlich abzeichnen, ist die Lage bei den RegierungsvertreterInnen eine völlig andere. Die meisten Regierungen sind weiterhin kaum bereit, sich auf Kompromisse einzulassen, die für ihre Länder von Nachteil wären. Gegen Ende der Konventsarbeiten scheint sich dieser Trend zu verstärken. Bemühungen der kleinen Länder, wie etwa der Benelux-Gruppe, Konsenspositionen herauszuschälen, schienen zwar einen Moment lang erfolgreich. So erfolgreich, dass sogar Deutschland und Frankreich mit ins Boot kamen. Nun, da es ums

Eingemachte geht, ist die Einmütigkeit aber bereits am Wackeln: Die Frage, mit welchem Machtspielraum der Posten des Präsidenten des Europäischen Rates ausgestattet werden soll, spaltet die Gruppe der Gründerstaaten, wie sie nun bezeichnet wird, die noch Anfang der Woche eine gemeinsame Position gefunden zu haben schien. Dass vor allem Frankreich hier auszuscheren droht, daran soll Valéry Giscard d'Estaing nicht unschuldig sein, der selbst am Posten eines - möglichst mächtigen - Ratspräsidenten interessiert ist.

Während der Konvent heute bei seinem theoretisch vorletzten Treffen in Brüssel weiter über den Textvorschlag des Präsidiums für eine europäische Verfassung debattiert, findet die tatsächliche Entscheidungsfindung also eher in den Machtzentralen nationaler Regierungen statt. Böse Zungen behaupten, das, was sich in Brüssel derzeit abspiele, sei kein Konvent mehr, sondern eine vorgezogene Regierungskonferenz. In einem Brief an das Präsidium spielen die Regierungen offen die Rolle der Bremser im europäischen Prozess.

Die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Nationalparlamente, die brav ihre Hausaufgaben gemacht haben, und zudem die größte Gruppe im Konvent darstellen, riskieren dabei eine untergeordnete Rolle zu spielen. Um dies zu verhindern, planen die VertreterInnen der Nationalparlamente jetzt, mit jenen des EU-Parlamentes gemeinsame Sache zu machen. Dann hätten sie immerhin drei Viertel der Konventsmitglieder auf eine Linie gebracht.

**SCHULE**

# Nicht hü, nicht hott

**Mehr Mitspracherecht und eine bessere Begleitung sozial schwacher SchülerInnen fordern Gewerkschaftsverbände und NGOs. Kritik gibt es auch weiterhin am geplanten Pilotprojekt EST.**

(ik) - So viel Einigkeit herrschte selten: Dass die soziale Ungleichheit in der luxemburgischen Schule im Vergleich zu anderen Ländern krass ausgeprägt ist, hat nicht erst die Pisa-Studie bewiesen. Inzwischen scheint die Tatsache, auf die Elternverbände und Gewerkschaften schon vor Jahrzehnten hingewiesen haben, endlich auch bei den politisch Verantwortlichen Gehör zu finden. Das Pilotprojekt EST, das im Cycle inférieur dem Schulversagen den Garaus machen soll, lässt dieses zumindest vermuten. Bei den Lernschwachen ansetzen und damit sozial Benachteiligten zu helfen, das sei der richtige Weg, findet jedenfalls der Pedem (Pôle pour une école démocratique).

Damit hört die Einigkeit mit der Schulpolitik der CSV-DP-Regierung aber auch schon wieder auf. Der Verbund aus Eltern- und Ausländerorganisationen (Fapel, Asti, CCPL, Alice, CGIL) und Gewerkschaften (SEW-OGBL, Fenprof, SNE-CGPF) hat erste Ideen für eine demokratische Schule am vergangenen Dienstag der Presse vorgestellt. In einem zehneinseitigen Papier nennt er verschiedene Leitlinien für eine "école ouverte à toutes les composantes de la société, lieu de brassage des origines sociales et culturelles" und verlangt weitrei-

chende Reformen in allen Schulstufen. Die meisten Forderungen sind alt bekannt: Teamteaching, gemeinsame Unterbringung der zwei Gymnasialzweige in einem Gebäude, Verbesserung der Sprachsituation mit Luxemburgisch als Muttersprache, mehr Mitspracherechte für Eltern, SchülerInnen und Lehrpersonal in der Schule - allesamt Aspekte, die im heutigen Schulalltag noch immer fehlten, so die beiden Sprecher von Fapel und Asti. Im Gesetzentwurf zur Reorganisation der Gymnasien ist ein echtes Mitspracherecht weiterhin nicht vorgesehen.

Auch das umstrittene Pilotprojekt EST, das im Herbst dieses Jahres an vier Gymnasien starten soll, erntete vorsichtige Kritik. "Das Projekt geht in die richtige Richtung, ist aber noch nicht zu hundert Prozent ausgereift", sagte Asti-Präsident Serge Kollwelter. Es sei noch völlig unklar, wie der Unterricht gestaltet und nach welchen Kriterien die 60-Punkte vergeben werden sollen, präzisierte Guy Foetz vom SEW gegenüber der woxx. Bildungsministerin Anne Brasseur hält trotz massiver Kritik (zum Teil aus den eigenen Reihen) und entgegen gesetzter Experten-Empfehlungen weiterhin an der Benotung fest.

Marc Barthelemeley, zuständiger Sachbearbeiter des Projekts im Ministerium, sagte gegenüber der woxx, die Gespräche mit den Programmkommissionen seien "im vollen Gange". Gleichwohl sollen ausländische Experten bereits vor Monaten

Bedenken am Zeitplan der Regierung geäußert haben.

Auf Unverständnis bei den Betroffenen stoßen offenbar auch die Pläne zur Freistellung der beteiligten Lehrpersonen. Statt diese mit ausreichender Zeit auszustatten und ihnen so zu ermöglichen, voll ins Projekt einzusteigen, sind bisher nur einige wenige Stunden dafür vorgesehen. Die Frage nach der Zusammensetzung der Klassen ist ebenfalls noch weitgehend unklar. So soll von ministerieller Seite im Gespräch mit künftigen TeilnehmerInnen gesagt worden sein, dass gegebenenfalls die Unterscheidung von schwachen und stärkeren Klassen für eine bessere Machbarkeit des Projekts denkbar sei. Wie aber lässt sich diese mit der angestrebten, für die Förderung lernschwacher SchülerInnen von ausländischen SchullehrerInnen als zentral genannten (und in Pisa-Siegerländern auch erfolgreich umgesetzten) Heterogenisierung des Unterrichts vereinbaren? SchülerInnen, die trotz "reformiertem" Unterricht ihr Lernziel nicht erreichen, etwa weil die Lebensumstände zu Hause ihnen ein konzentriertes, unterstützendes Lernen versagen und kein Geld da ist für Nachhilfe, kommen ins Regime préparatoire. Führt dies zu dem Ziel, doch gerade den sozial Schwachen helfen zu wollen?

Fragen über Fragen, auf die das Pilotprojekt noch keine Antwort gefunden hat. Die Zeit aber drängt.

*Siehe auch Kommentar S. 8*

